nr. 3 – mai/juni 2017

ecke turmstraße

Seiten 9–17: *Sonderseiten zur Neuwahl der Stadtteilvertretung Turmstraße am Dienstag, dem 30. Mai um 19 Uhr in der Heilandskirche, Thusneldastraße 1*

Zeitung für das »Aktive Zentrum« und Sanierungsgebiet Turmstraße. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!

Welche Ecke?

Wo wurde dieses Foto aufgenommen? Wer weiß, wo sich dieser Ort genau befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: Ecke Turmstraße c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an ecketurm@gmx.net. Einsendeschluss ist Montag, der 5. Juni. Unter den richtigen Einsendungen verlosen wir einen Büchergutschein der Dorotheenstädtischen Buchhandlung im Wert von 20 Euro. Unsere letzte Rätselecke zeigte ein Detail in der Waldstraße 33. Gewonnen hat Lan Nguyen. Herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen per Post zugesandt.

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Ausgabe der »Ecke« ist dicker als üblich: Das liegt an den acht Sonderseiten, die wir zusätzlich anlässlich der Neuwahl der Stadtteilvertretung Turmstraße veröffentlichen.
Die Wahl findet am 30. Mai um 19 Uhr in der Heilandskirche, Thusnelda-Allee 1 statt.
Auf unseren Sonderseiten (Seiten 9–17) geben wir einen Überblick über den Wahlablauf am 30. Mai. Außerdem wird berichtet, was überhaupt ein AZ- und ein Sanierungsgebiet sind, welche Themen bislang im Mittelpunkt standen, was bereits erreicht wurde und welche Themen in Zukunft anstehen werden (S. 10–11). Die bisherige Stadtteilvertretung zieht eine Bilanz ihrer Arbeit (S. 12–13). Einige Kandidaten stellen sich persönlich vor (S. 16). Vorgestellt werden zudem die wichtigsten Akteure im AZ- und Sanierungsgebiet Turmstraße (S. 17).
Der eigentlichen Wahlveranstaltung war bereits ein Informationsabend im März vorausgegangen, auf der ausführlich über das Gebiet und das Geschehen berichtet und auch diskutiert wurde.
Die neue, zu wählende Stadtteilvertretung soll in den kommenden zwei bis drei Jahren den Bürgern im Gebiet eine Stimme geben und sie vertreten, außerdem ist sie ein wichtiges Bindeglied zwischen Bürgern, Verwaltung und Politik. Deshalb ist es um so wichtiger, dass sich nicht nur möglichst viele Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl stellen, sondern dass auch möglichst viele kommen, um ihre neue Stadtteilvertretung Turmstraße zu wählen! *us*

30. Mai, 19 Uhr, Heilandskirche, Thusnelda-Allee 1

Ecke Turmstraße

Die nächste »Ecke Turmstraße« erscheint Ende Juni.

Sämtliche Ausgaben der »Ecke Turmstraße« sind als PDF archiviert und abrufbar unter: www.turmstrasse.de/oeffentlichkeitsarbeit/stadtteilzeitung.html

Termine

Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a:

Sprechstunde des KoSP (Prozesssteuerer im Aktiven Zentrum Turmstraße):
Di 9.30–12 Uhr, Do 15.30–18 Uhr
Sprechstunde des Geschäftsstraßen-managements (die raumplaner):
Di 16–19 Uhr, Fr 8–10 Uhr
Öffentliche Mieterberatung (für Mieter in den Milieuschutzgebieten):
Mo 16–18 Uhr, Do 10–12 Uhr

Plenum der Stadtteilvertretung

Das nächste öffentliche Plenum der neuen STV Turmstraße findet nach deren Neuwahl am 12. Juni um 19 Uhr voraussichtlich im Balkonsaal des Rathauses Tiergarten statt.
Mehr Informationen zur Stadtteilvertretung findet man im Internet unter www.stv-turmstrasse.de

Runder Tisch Gentrifizierung

Jeden 2. Dienstag im Monat, 19-21 Uhr, Treffpunkt: Kontaktstelle PflegeEngagement, Lübecker Straße 19. Alle interessierten Mieter sind herzlich eingeladen!
Mehr unter www.wem-gehoert-moabit.de. Dort finden sich auch die Protokolle der bisherigen Runden Tische.

Stadtteilplenum QM Moabit-West

Das Plenum, organisiert vom Moabiter Ratschlag e.V. und dem QM Moabit West, tagt jeden dritten Dienstag im Monat im Stadtschloss Moabit, Rostocker Straße 32b.
Mehr unter Telefon (030) 39 90 71 95 oder www.moabitwest.de

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse:
»Ecke Turmstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin
Tel (030) 283 31 27, ecketurm@gmx.net
Fotos: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung:
capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de
V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Radeln und Feiern beim Tag der offenen Tür

Die Zukunft der Jugendverkehrsschule Bremer Straße ist vorerst gesichert

Es war – trotz nicht so frühsommerlichen Wetters – ein fröhlicher »Tag der offenen Tür«: Nach langer Ungewissheit feierten viele Kleine und Große an einem Mittwoch Anfang Mai den Fortbestand der Jugendverkehrsschule Bremer Straße. Kinder radelten, es gab Luftballons, Leckereien und auch prominenten Besuch: Der zuständige Schulstadtrat Carsten Spallek war da, sogar die Senatorin für Bauen und Wohnen Katrin Lompscher schaute vorbei.

Lange haben viele Engagierte dafür gekämpft, dass die Jugendverkehrsschule (JVS) in der Bremer Straße erhalten bleibt. Nun ist die Zukunft des Areals vorerst gesichert: Es wird bis 2018 von der »Wendepunkt gGmbH« betrieben, die u.a. auch schon die Jugendverkehrsschule in der Weddinger Gottschedstraße betreibt. Im Jahr 2018 soll es dann ein neues Interessenbekundungsverfahren geben, um – so der nun zuständige Bezirksstadtrat Carsten Spallek – »auch anderen Bewerbern die Möglichkeit zu eröffnen, ihre Ideen und Konzepte für das Areal vorzustellen«.

Die Geschichte hat einen längeren Vorlauf. Lange war das Areal wegen mangelnder Finanzen des Bezirks stark vernachlässigt; die Polizei, die zuvor auch Jugendverkehrsschulen betreut hatte, hatte sich aus diesem Aufgabenfeld wegen Personalmangels zurückgezogen. Doch auch dem Bezirk fehlte es an Personal und an Geld für die Sanierung des Grundstücks. Im Jahr 2014 erwog deshalb die SPD-Fraktion im Bezirk, das Areal eventuell für kommunalen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen – auch vor dem Hintergrund, dass die Bezirke aufgerufen waren, angesichts der Berliner Wohnungsnot kommunale Neubaupotenziale zu erkunden. Gleich nebenan hat die städtische Wohnungsbaugesellschaft GEWOBAG Bestände und könnte hier erweitern.

Die Schulverwaltung, damals noch unter der Stadträtin Sabine Smentek (SPD), argumentierte, dass es an Geldern fehlen würde, um weiter – wie früher – drei Jugendverkehrsschulen im Bezirk zu betreiben: eine in Mitte-alt (die schon lange wegen eines Schulumbaus außer Betrieb ist), eine in Wedding und jene in Moabit. Der Bezirk solle die finanziellen Mittel deshalb auf die Weddinger Jugendverkehrsschule konzentrieren, die seit einiger Zeit von der »Wendepunkt gGmbH« betrieben wird.

Das wollten etliche engagierte Anwohner, Initiativen, die Stadtteilvertretung und auch einige Kommunalpolitiker so nicht hinnehmen. Sie organisierten zahlreiche Aktionen und Einsätze, um die Jugendverkehrsschule zu retten. Zudem gab es diverse öffentliche Veranstaltungen, auf denen das Thema heiß diskutiert wurde. Die Jugendverkehrsschule, so die Argumente, werde als wohnortnahe Mobilitätsschule für hier wohnende Kinder dringend gebraucht – seit 2015 auch nicht mehr nur von den umliegenden Kitas und Grundschulen, sondern auch von Geflüchteten. Und viel Arbeit wurde ehrenamtlich investiert, um das Areal wieder halbwegs herzurichten.

Unterstützung fanden die Befürworter der Jugendverkehrsschule auch mit dem neuen Berliner Schulgesetz, das Einrichtungen wie diese als Pflichtaufgabe der Bezirke festschrieb, und außerdem mit dem mehrheitlichen Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung, die JVS Bremer Straße zu erhalten. Doch vor den neuen Wahlen im Bezirk und im Land Berlin im Herbst letzten Jahres standen politisch erstmal alle Räder still.

Erst nach den Wahlen und mit dem neuen Schulstadtrat Carsten Spallek (vorher Stadtentwicklungstadtrat) kam die Sache wieder ins Rollen. Seit dem 1. März ist nun vorläufig die »Wendepunkt« gGmbH, die sich schon eigeninitiativ um die JVS beworben und bemüht hatte und sehr erfahren mit der Betreuung und dem Betrieb von Verkehrsschulgärten ist, auch für den Standort Bremer Straße zuständig.

Der Betrieb der beiden Jugendverkehrsschulen in Wedding und Moabit durch Wendepunkt ist für 2017 damit erstmal gesichert. Das ist ein großer Erfolg für die Stadtteilvertretung und alle anderen, die sich für den Erhalt der Jugendverkehrsschule eingesetzt haben. Im nächsten Jahr gibt es dann eine Neuausschreibung. Außerdem sind dringend umfängliche Instandsetzungsmaßnahmen erforderlich.

Aber das Bauthema ist keineswegs vom Tisch: Denn die GEWOBAG will in unmittelbarer Nachbarschaft dennoch nachverdichten, mit Wohnungen, die die Stadt dringend braucht. Der Zugang zur JVS (der auch zum Areal der GEWOBAG gehört) solle jedoch erhalten bleiben. Wie sich eventuelle Neubauten sozial- und stadtverträglich in der Nachbarschaft mit der Jugendverkehrsschule gestalten lässt, wird wohl auch noch viel diskutiert werden. *us*

Co-Living?

Neue Luxuspreis-WGs in Moabit

Recht schnell wurde in den letzten Monaten in der Stromstraße 36 ein neues Hinterhaus hochgezogen. Es grenzt direkt an die Brandwand der Ayasofya-Moschee, Ecke Birkenstraße.
Gleichzeitig geisterte seit Ende Februar ein Artikel der »Gründerszene« mit dem Titel »In Berlin entsteht eine riesige WG für Gutverdiener« durch verschiedene Moabiter Internetgruppen, denn in der Bildunterschrift wurde ein im Bau befindlicher Co-Living Space in Moabit angekündigt. Viele fragten sich: »Wo soll das denn sein?« Ein fast bodentiefes Fenster mit Blick auf den Fernsehturm, den es so allerdings nie geben kann: da steht das Vorderhaus davor. Eine junge Frau sitzt in einem spartanisch, aber praktisch eingerichteten Zimmer auf dem Bett, es soll nach Designereinrichtung aussehen und wird wohl auch etwas davon enthalten. Die Medici Living Group wirbt mit diesem Bild für teure WG-Zimmer ihrer neuen Edel-Marke QUARTERS – die Preise liegen laut Webseite zwischen 489 und 539 Euro im Monat, und das für 10–13 qm. Der Quadratmeterpreis also in etwa 40 Euro. Die Zielgruppe sind junge Kreative mit guten Jobs. Angeblich ein Wohnmodell mit Zukunft – und ein weltweit zunehmender Trend.
Ganz anders wirkt der zweite unter Berlin aufgeführte Co-Living »Space Coconat«, mit kleinen Zelten in einer großen Scheune auf dem Land. In Taipei gibt es allerdings Doppelstockbetten im entsprechenden »Taipei digiquarters«.

Jüngst wurde das Haus eröffnet, obwohl noch hektisch an Wänden und Decke des Durchgangs gearbeitet wird. Es sollen bereits Zimmer belegt sein. Das Wirtschaftsmagazin »Deal-Magazin« berichtet, dass eine spezielle innovative Matratze entwickelt wurde, bei der man verschiedene Härtestufen individuell einstellen kann. Außerdem braucht man keine Schlüssel mehr, die Zimmer werden mit einer App »gelockt«, also abgeschlossen. Bereits eine Woche nach Vermietungsstart sollen sich schon 500 Menschen als Mitglieder von QUARTERS registriert haben. Der Gründer der Medici Living Group, Gunther Schmidt, wertet das Angebot »als Revolution auf dem Wohnungsmarkt«. Sein »All-Inclusive-Wohlfühlpaket« biete nicht nur »begehrten, voll ausgestatteten Wohnraum in Großstädten«, sondern liefere »eine Community an Gleichgesinnten und sozialen Anschluss gleich mit«. Doch was steht dahinter?

Kein Wort darüber, dass erst die Wohnungsnot in gerade diesen Großstädten das Geschäftsmodell der Medici Living möglich macht. Die Firma mietet langfristig Wohnungen an und vermietet dann die einzelnen Zimmer möbliert für einen festen Monatspreis weiter. Gestartet sind sie 2012 mit 100 Zimmern in Berlin und immer weiter gewachsen. Bereits 2015 kritisierte der Berliner Mieterverein solche »Wuchermieten und Abzocke«, jetzt im März die Berliner Mietergemeinschaft. Zur Zeit ist Medici Living in folgenden Städten aktiv: Berlin, Hamburg, München, Frankfurt, Potsdam, Amsterdam, New York und Los Angeles. Im vergangenen Jahr hat die Firma enorm zugelegt. Weltweit vermieten sie mehr als 1.000 Zimmer, 2016 sind 250 dazu gekommen mit einer Umsatzsteigerung von 32% gegenüber 2015, auf einen Umsatz von ca. 5,8 Millionen. Digitalisierung hilft bei der Auslastung, die angeblich 96% beträgt.

Berlin ist voll mit solchen WG-Zimmern. Auf der Karte sind allerdings nur die freien bzw. die in den nächsten Monaten frei werdenden Zimmer angezeigt. Diese Art des Wohnens eine WG zu nennen, ist allerdings etwas fragwürdig. Kann man von einer Wohngemeinschaft reden, wenn man sich die Gemeinschaft gar nicht selbst aussuchen kann? Die Wahl besteht nur zwischen verschiedenen, billigst möblierten Zimmern – sie sind teilweise nur 10 bis 13 Quadratmeter groß und dabei fast so teuer wie die Luxusmarke. In Moabit gibt es solche Wohnungen in der Bandelstraße 8, der Dreysestraße 12, Alt-Moabit 62–63 und im Vorderhaus der Stromstraße 36. Dieses Haus stand noch vor einem Jahr auf der Liste der Häuser mit Sozialwohnungen. Sollte diese Eigenschaft jetzt aufgehoben sein? Dabei werden 3-, 4- und 5-Zimmer-Wohnungen im Kiez dringend für Familien gebraucht.

Dieses Geschäftsmodell bringt den Investoren viel Rendite und verringert das Wohnungsangebot für reguläre Mieter. Einer Studie von empirica vom Sommer 2016 war zu entnehmen, dass bereits 35% aller Wohnungsangebote in Berlin möblierte Apartements sind.
Inzwischen gibt es viele ähnliche Projekte in Berlin. Auch in Moabit sind noch weitere im Bau, wie zum Beispiel die SMARTments in der Kaiserin-Augusta-Allee 4 oder das 18stöckige Hochhaus in der Lehrter Straße mit dem komischen Namen »The Fritz«. *Susanne Torka*

Dieser Text wurde erstveröffentlicht auf www.moabitonline.de

Eckensteher

Glasnost auf der Straßenecke

Über schlummernde Informationen, mangelnde Informationskultur und Transparenz der Verwaltung

Bei uns um die Ecke wird gebaut. Das ist für Berliner Verhältnisse keine ungewöhnliche Aussage, vor allem nicht in Berlin-Mitte. Dennoch wüsste ich einfach gerne, wie lange der Gehweg vor dem Neubau noch gesperrt bleibt und mich als Fußgänger auf die andere Straßenseite und zu größeren Umwegen zwingt. Wenn ich zum Beispiel bei der Sparkasse Geld holen will, muss ich statt einer gleich drei Ampeln überqueren. Für den Eisladen wären es sogar vier Ampeln statt gar keiner. Das macht ihn für die Kinder aus der Kita unten in unserem Haus praktisch unerreichbar. Dieser Neubau entsteht nämlich an einer Ecke, wo zwei Hauptverkehrsstraßen aufeinandertreffen. Das macht ihn so lästig.
Im Internet findet man nur eine Karte der Baustellen, die die »Verkehrsinformationszentrale Berlin« (VIZ) für erwähnenswert hält. Dafür müssen sie sich direkt auf Hauptstraßen befinden und dort den Verkehrsfluss beeinträchtigen. Die Sperrung des Bürgersteigs zählt dabei nicht. Das ist aber keine Diskriminierung der Fußgänger, sondern liegt in Wirklichkeit an der zweistufigen Berliner Verwaltung: Für die Sperrung der Bürgersteige ist nicht der Senat, sondern der Bezirk zuständig. Und in die »Verkehrslagekarte« der VIZ gehen eben nur die Informationen ein, die ihr von der »Verkehrslenkung Berlin« des Senats zur Verfügung gestellt werden. Deshalb erfahre ich auf ihr auch nicht, wann das Loch direkt vor meinem Haus, das zum Glück in einer Nebenstraße liegt, endlich zugeschüttet wird. Die Wasserbetriebe machen da irgendwas.
Der Bezirk dagegen veröffentlicht im Netz nicht, wo er und für wie lange er die Einrichtungen von Baustellen genehmigt, die dafür öffentliches Straßenland in Beschlag nehmen. Zwar müsste er es wissen, denn solche Sondernutzungen bearbeitet er ja täglich. Irgendwo in den Tiefen seiner Computersysteme schlummern die Informationen deshalb garantiert bereits in digitaler Form vor sich hin. Man müsste sie eigentlich nur mit einem geeigneten Programm auf einer digitalen Landkarte veröffentlichen – und schon könnten alle erfahren, was da vor ihrer Tür gerade vor sich geht.
So stelle ich mir das jedenfalls vor. Ich will ja keine Umstände machen. Ich will ja einfach nur wissen, wie lange die Baustelle um die Ecke noch den Bürgersteig blockiert. Ohne dafür das Informationsfreiheitsgesetz bemühen zu müssen, das mir als Bürger das Recht zugesteht, in die Akten der Verwaltung Einsicht zu nehmen. Ich habe ja auch eigentlich nichts von dem Wissen, denn die Absperrung wird dadurch natürlich keine Sekunde früher verschwinden. Es geht mir vielmehr um so etwas wie Informationskultur: Ich werde durch einen mutmaßlich gerechtfertigten Verwaltungsakt in meiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt und will einfach und ohne große Umstände erfahren dürfen, was hier eigentlich passiert und wie lange das noch so geht.

Ein berühmter Russe hat ein ähnliches Ansinnen vor rund 30 Jahren übrigens mal »Glasnost« genannt. Dabei ging es ihm sicherlich um Größeres. Aber meine Befürchtung ist die: So lange es nicht mal gelingt, Transparenz auch im Kleinen herzustellen, so lange ist die Offenheit und Transparenz auch im Großen durchaus gefährdet. *cs*

Bildecke

Ch. Eckelt

Soziale Sanierungsziele – gern, aber wie?

Das hört sich erst mal gut an: die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen regt die Bezirke an, in den acht Berliner Sanierungsgebieten Ziele für eine sozialverträgliche Stadterneuerung zu formulieren. Dazu gibt es ein Rundschreiben der Senatsverwaltung an die Bezirksämter, in dem einige Eckpunkte für soziale Sanierungsziele formuliert sind, die »im Jahr 2016 unter Beteiligung der Bezirke entwickelt« wurden.
Dazu werden u.a. eine »bedarfsorientierte Wohnungsversorgung« sowie die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum und »einkommensgerechten Angeboten nach konkreten gebietsspezifischen Erfordernissen« aufgeführt. Die Rede ist vom Erhalt der sozialen Mischung, von Vernetzung, Kiezbildung, sozial gemischten Nachbarschaften, von der Berücksichtigung funktionaler Bedarfe sowie dem Erhalt von »Nischensituationen« – sofern sie nicht städtebaulichen Belangen entgegenstehen.
Das alles hört sich ganz sympathisch an. Aber was bedeutet es konkret?
Die Bezirke und ihre Verwaltungen würden allesamt gern soziale Sanierungsziele umsetzen. Die Frage ist nur, wie.
Beispiel Mitte, Nördliche Luisenstadt. Hier hat die Betroffenenvertretung mal ein paar wichtige Forderungen formuliert. Die wichtigsten sind aus Sicht der BV: Verhinderung weiterer teurer »Mikro-Apartments« (die der Schaffung von vernünftigen und preiswerten Wohnungen entgegenstehen) sowie Schaffung von 30% kostengünstigen Wohnraums, gemessen am Gesamtvolumen aller Bauvorhaben – also auch privater.
Diesen Forderungen kann die Sanierungsverwaltung des Bezirks sofort zustimmen. Es gibt lediglich ein Problem: Ihr fehlen bislang leider die rechtlichen Grundlagen, um solche Ziele auch bei privaten Bauvorhaben um- und durchzusetzen.
So sieht es derzeit in allen Sanierungsgebieten aus. Fragt man die Sanierungsbeteiligten in den Bezirken nach sozialen Sanierungszielen, sieht man vor allem große Ratlosigkeit. Man würde solche Ziele liebend gern verankern – doch wie sie in der Praxis juristisch sicher durchzusetzen sein sollen, weiß niemand. Vielleicht schafft ja ein Workshop, den die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen dieser Tage mit Sanierungsbeteiligten durchführen wird, mehr Klarheit. Aber auch das ist eher fraglich. Denn um soziale Sanierungsziele auch durchsetzen zu können, braucht es weit mehr als nur gute Ideen.

Ein Rückblick in die 90er Jahre

Denn Berlin hat durchaus Erfahrungen mit sozialen Sanierungszielen. Bis Ende der 90er Jahre waren sie Bestandteil jeder Sanierungssatzung, die für ein Gebiet erlassen wurde. Insbesondere im Ostteil der Stadt spielten sie nach der Wende eine große Rolle, galt es doch, Luxussanierungen und flächendeckende Verdrängung zu verhindern. So wurden u.a. Mietobergrenzen festgesetzt. Und weil es damals auch noch Förderprogramme für Privatsanierungen gab, konnten Maßnahmen zum Mieterschutz getroffen werden: Wer als Privateigentümer sein Haus mithilfe öffentlicher Fördermittel sanierte, wurde im Gegenzug auch dazu verpflichtet, die Mieten für einen Zeitraum von meist 15 Jahren auf einen festgelegten Betrag zu begrenzen. Für sanierungsbetroffene Mieter wurden kostenlose Mieterberatungen, Sozialplanverfahren und Umsetzwohnungen angeboten.
Ein Hamburger Großinvestor nannte all das damals einmal – spöttisch wie siegesgewiss – »postsozialistische Einbahnstraßen«. Er sollte Oberwasser behalten: Ab Ende der 1990er Jahre kippte der damalige Senat erst die Wohnungsbauförderung, womit die wichtigsten Steuerungsinstrumente zum Schutz von Mietern wegfielen. Dann fiel auch die Mietobergrenze für Berliner Sanierungsgebiete – die Gerichte hielten sie nach Eigentümerklagen sowohl für zeitlich überzogen als auch für eine zu starke Einschränkung der Eigentümerrechte. Und auch das damalige Zweckentfremdungsverbot, das die Umwandlung von Wohn- zu Gewerberaum unterband, wurde aufgrund einer Eigentümerklage vom Gericht für unzulässig erklärt: schließlich gebe es doch genug leerstehenden Wohnraum. Gleichzeitig veräußerte das Land Berlin aufgrund seines immensen Schuldenbergs einen guten Teil seines kommunalen Wohnungsbestandes.
Et voilá: In dieser Kombination waren die sozialen Sanierungsziele damals beerdigt. Den Bezirken, die versucht hatten, sie vor den Gerichten durchzufechten, ist das natürlich noch gut im Gedächtnis. Und natürlich fragen sie zu Recht, auf welcher juristischen Grundlage sie eigentlich neue soziale Sanierungsziele durchsetzen sollen und können.

Darlehensförderung? – »Die Investoren haben selbst genug Geld«

Womit also, fragen sich viele Sanierungsbeteiligte, könnte man in Zeiten großer Wohnungsnot Privatinvestoren dazu bringen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen? Finanzielle Anreize? Die derzeitige Neubauförderung über Darlehen sei völlig unattraktiv, um preiswerten Wohnraum zu schaffen – das sagt jemand, der selbst ein Sanierungsgebiet betreut: »Die jetzt agierenden Investoren haben meist selbst so viel Geld, dass das nicht zieht.« Und Mikro-Apartments beispielsweise lassen sich nur verhindern, wenn man die Bauordnung ändert oder die gesetzlichen Vorschriften für Genehmigungsverfahren. Ehemals kommunale Wohnungsbestände zurückzukaufen, würde richtig teuer – schließlich sind die Grundstückspreise seit Anfang der 2000er Jahre um ein Vielfaches gestiegen. Die Büchse der Pandora ist ja längst geöffnet.
Um rechtskräftig in Eigentumsfragen einzugreifen, bedürfte es also wirklich starker Instrumente. Die Ergebnisse des Senatsworkshops dürften in dieser Hinsicht interessant sein – immerhin haben sich der neue rot-rot-grüne Senat und vor allem die zuständige Senatorin Katrin Lompscher auf die Flagge geschrieben, sich um das Problem mangelnden bezahlbaren Wohnraums zu kümmern und der Meterverdrängung entgegenzuwirken. *us*

Spielhallen verschwinden erst 2018

Demnächst werden die neuen Betriebserlaubnisse ausgelost

Das Jahr 2017 wird verstreichen, bevor viele Spielhallen hoffentlich aus dem Straßenbild des Bezirks Mitte verschwinden. Das »Berliner Spielhallengesetz« fordert u.a. einen Mindestabstand von 500 Metern zwischen ihnen, was vor allem im Wedding und in Moabit zur Schließung der meisten Spielcasinos führen sollte. In diesem Jahr aber wird es noch nicht dazu kommen. Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel rechnet erst 2018 mit einem deutlichen Rückgang.

Zwar verloren die Spielhallenbetreiber bislang alle Gerichtsverfahren gegen das Berliner Spielhallengesetz – in letzter Instanz im Januar 2017 vor dem Bundesverwaltungsgericht und im April auch vor dem Bundesverfassungsgericht. Grundsätzlich besteht an der Rechtmäßigkeit des Gesetzes also kein Zweifel mehr. Doch die Reduzierung der Casino-Zahl kommt nur langsam voran. Zwar verloren die Spielhallen der Stadt schon am 31. Juli 2016 ihre Betriebsgenehmigung. Fast alle haben dann aber umgehend eine neue Lizenz auf Grundlage des neuen Spielhallengesetzes beantragt. Wegen des Abstandsgebotes wird nur ein Bruchteil der Antragsteller damit erfolgreich sein – in ganz Berlin rechnet man mit der Hälfte, in Gebieten mit einer hohen Dichte an Spielcasinos wie Wedding und Moabit sogar mit deutlich weniger. Doch vorerst dürfen die Antragsteller ihre alten Spielhallen provisorisch weiterbetreiben – so lange, bis in einem Losverfahren geklärt wird, wer mit der neuen Betriebserlaubnis weitermachen darf und wer nach einem weiteren halben Jahr Übergangsfrist endgültig schließen muss. Frühestens im Jahr 2018 wird man also erleben können, dass sich das Straßenbild etwa am Weddinger Nettelbeckplatz oder in der Moabiter Stromstraße wieder normalisiert.

Jede vierte Berliner Spielhalle befindet sich in Mitte

Auch wenn das Berliner Spielhallengesetz gerichtsfest ist, sitzen die Anwälte der Spielhallenbetreiber schon in den Startlöchern, um gegen die Verfahren zu klagen, mit denen Schließungen von Spielhallen durchgesetzt werden sollen – allen voran das Auswahlverfahren per Losentscheid. Diese Losverfahren stehen nach Angaben des Bezirksbürgermeisters in Kürze bevor. »Es ist aber nur der Abschluss eines mehrstufigen Prüfverfahrens, das inzwischen fast abgeschlossen ist«, erklärt Stephan von Dassel. »Dabei ging es uns klar um Sorgfalt vor Schnelligkeit. Zum Beispiel bei der Messung der exakten Abstände zwischen den Hallen, die nach dem Gesetz nicht in Luftlinie, sondern in der tatsächlichen Wegstrecke erfolgen müssen. Oder bei der Prüfung der Zuverlässigkeit der Betreiber, wofür diese etliche Nachweise, Bescheinigungen, Registerauszüge und Konzepte vorlegen mussten, deren Prüfung deutlich mehr Zeit erforderte, als wir ursprünglich dachten.« Mitte ist schon allein wegen der hohen Zahl an Spielhallen weit stärker in Anspruch genommen als alle anderen Bezirke: Mehr als ein Viertel der knapp 500 Spielcasinos Berlins befinden sich in unserem Bezirk, vor allem im Wedding und in Moabit. Das Losverfahren kann zudem erst dann durchgeführt werden, wenn alle Berliner Bezirke die erforderlichen Prüfungen abgeschlossen haben. Denn die Abstandsregelung gilt über die Bezirksgrenzen hinaus. Ausgelost werden dann nicht einzelne Lizenzen. Statt dessen gilt ein Verfahren, für das die Geoinformatiker der HU Berlin extra ein Programm geschrieben haben: Dabei werden zunächst alle möglichen Varianten ermittelt, die sich in Gebieten ergeben, in denen Spielhallen weniger als 500 Meter auseinanderliegen. Dann werden innerhalb dieser »Inseln« die Varianten ausgewählt, die eine maximale Anzahl von Spielhallen ermöglichen. Nur unter diesen Varianten entscheidet schließlich das Los.

Ladenlokale inzwischen wieder nachgefragt

Auch Daniel Buchholz, der Sprecher für Stadtentwicklung der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, rechnet damit, dass sich in diesem Sommer entscheidet, wo im kommenden Jahr Spielcasinos schließen müssen. »Ich setze mich gerade dafür ein, dass die Verlosungen für ganz Berlin möglichst zentral am selben Tag und am selben Ort stattfinden, schon um möglichst wenige Angriffsfläche für mögliche Klagen zu bieten.« Der Spandauer Abgeordnete, der sich maßgeblich für das Berliner Spielhallengesetz eingesetzt hat, glaubt, dass die Vermieter der jetzigen Spielhallen keine Schwierigkeiten haben werden, die im kommenden Jahr leer werdenden Ladenlokale anderen Nutzungen zuzuführen: »Die Situation in Berlin unterscheidet sich inzwischen sehr deutlich von der am Ende der 2000er Jahre, als der Spielhallen-Boom über die Stadt hereingebrochen ist und als hier viele Läden leer standen. Heute suchen zum Beispiel überall Kita-Initiativen dringend nach Räumlichkeiten. Und auch Ärzte oder Rechtsanwälte finden nicht mehr so einfach Räume für ihre Praxen und Kanzleien, weil sie durch das Verbot der Zweckentfremdung ja keine Wohnungen mehr nutzen dürfen.«
Auch am Nettelbeckplatz und an der Stromstraße dürften entsprechende Flächen frei werden. Wer Interesse an Ladenlokalen hat, kann ja jetzt schon mal den Kontakt zu den Hauseigentümern oder den Geschäftsstraßenmanagements suchen … *cs*

Ch. Eckelt

Lebensmittel locken Nagetiere

Rattenkot auf Spielplätzen gefährdet die Gesundheit der Kinder

»Als ich die vielen Kinder auf dem Spielplatz sah, habe ich sofort die Polizei geholt.« Norbert Schneider von der Stadtteilvertretung Müllerstraße hat nicht lange gefackelt – und damit wahrscheinlich Schlimmeres verhindert. Auf dem »Zeppi« spielten Kinder mit Rattengift an jenem warmen Wochenende Ende März, als der Frühsommer zum ersten Mal im Jahr kurz aufblitzte. Da war das neu gestaltete Spielareal auf dem Weddinger Zeppelinplatz zwar gesperrt – wegen »Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen«, wie an den Toren angeheftete Papierzettel in Amtsdeutsch verkündeten – zahlreiche Familien hatten das aber ignoriert und waren über die niedrigen Zäune geklettert. »Da waren eindeutig auch biodeutsche Eltern dabei, die eigentlich verstanden haben müssten, was da auf den Zetteln stand.«

Das Straßen- und Grünflächenamt Mitte berichtete später von aufgerissenen Köderpackungen und verstreuten Giftködern auf dem Spielplatz Der »Zeppi« war erst im vergangenen Sommer nach einer Neugestaltung wiedereröffnet worden. Und, wie das in Berlin so üblich ist: Schon Wochen, bevor die Bauzäune offiziell abgebaut waren, war er bereits in vollem Betrieb – wahrscheinlich war deshalb jetzt die Hemmschwelle abgesenkt, über abgeschlossene Tore zu klettern. Und die Warnhinweise des Amtes waren alles andere als eindrücklich: schnöde Zettel in Klarsichthülle. Die signalroten Aufkleber mit dem Giftsymbol, die die Schädlingsbekämpfer an ihren Tätigkeitsfeldern eigentlich zurücklassen müssen, suchte man später vergeblich: Offenbar waren sie von irgendwem abgerissen worden.

Immer häufiger müssen Spielplätze in ganz Mitte wegen Rattenbefalls gesperrt werden. Ratten auf Spielplätzen sind eine Gesundheitsgefahr – nicht nur wegen möglicher Rattenbisse, sondern vor allem wegen des Kots und Urins, den die Nager zurücklassen und den dort die Kinder zusammen mit Sand in den Mund stecken können. Körperausscheidungen verteilen zwar etwa auch Vögel. Die halten sich aber kaum in der Kanalisation auf, wo sie mit Fäkalien der Menschen in Kontakt kommen. Ratten auf Spielplätzen werden deshalb bekämpft, Vögel nicht.
Umstritten ist, ob das Auslegen von Rattengift tatsächlich eine nachhaltige Wirkung hat. »Ratten werfen mehrmals im Jahr im Schnitt acht bis neun Junge. Deshalb ist der Populationsdruck unter ihnen immer extrem hoch. Leere Rattenbauten werden deshalb meist schon nach kurzer Zeit wieder besiedelt«, erklärt Jonas Flöttoto von der Initiative himmelbeet. Die führt im Quartiersmanagementgebiet Pankstraße seit 2015 das Projekt »Sauberkeit auf Spielplätzen« durch und organisierte dabei im letzten Oktober eine Themenwerkstatt zum Rattenproblem. »Dabei wurde klar, dass das eigentliche Problem die Reste von Lebensmitteln sind, die die Spielplatzbesucher zurücklassen. Die Müllbehälter sind meist zu klein – schon ein Pizza-Karton reicht ja oft, um sie zu füllen. Dann wird der nächste Karton einfach daneben auf den Boden gelegt. Über die Pizzareste darin fallen dann später die Ratten her.« Geräumige rattensichere Müllbehälter, wie sie etwa die BSR im Mauerpark oder am Alex aufstellt, wären deshalb empfehlenswert – allerdings auch teuer.

Im Rahmen des Quartiersmanagements sind diese nicht zu finanzieren. Im Projekt setzt man aber nicht nur deshalb vor allem auf Aufklärung: Bei regelmäßigen Aufräumaktionen auf einzelnen Spielplätzen sensibilisiert man die Eltern für das Problem. Und zusammen mit Kindern der Erika-Mann-Grundschule will man jetzt Schilder und verständliche Piktogramme entwickeln, die auf den Zusammenhang zwischen der Rattenplage und dem Zurücklassen von Essensresten hinweisen sollen. Ein Vorbild ist dabei die Kampagne von »Stadt und Hund«, die es in den vergangenen 15 bis 20 Jahren geschafft hat, viele Hundehalter dazu zu bringen, die festen Hinterlassenschaften ihrer Vierbeiner selbst zu entsorgen, anstatt sie auf der Straße zurückzulassen. »Wieso sollte das nicht auch bei Nahrungsmittelresten im öffentlichen Raum möglich sein?« fragt Jonas Flötotto.

Allerdings wäre dazu ein Vorgehen über die Grenzen des Quartiersmanagementgebiets hinweg erforderlich: Wieso, so fragt man sich, hängen an Berliner Spielplatzzäunen nicht generell Schilder und Plakate, die interkulturell verständlich auf den Zusammenhang von Müll und Ratten aufmerksam machen? Und wo, wenn nicht in Berlin-Mitte mit seiner interkulturellen Vielfalt und seiner gleichzeitig hohen Dichte an »Kreativen« und professionellen Kommunikationsdesignern könnten solche Zeichensysteme besser entwickelt werden?
Selbst wenn dabei erstmal nur ein Schild herauskäme, das im Falle von »Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen« in leichter Sprache und mit gängigen Symbolen auch für Absolventen von Integrationskursen verständlich darauf hinweist, dass in dieser Grünanlage Rattengift ausliegt – auch dann wäre schon etwas gewonnen. *cs*

Ch. Eckelt

Es gibt bisher noch keine offiziellen Schilder gegen das Füttern von Ratten, dafür aber inoffizielle Hinweise wie hier am Haus der Jugend am Nauener Platz.

Wahl der neuen Stadtteilvertretung Turmstraße am 30. Mai

Ch. Eckelt

Am 30. Mai wird gewählt! Und zwar die neue Stadtteilvertretung für das AZ- und Sanierungsgebiet Turmstraße. Sie ist die Bürgervertretung für das Gebiet und besteht aus Menschen, die sich in besonderer Weise ehrenamtlich engagieren wollen.
Jede und jeder kann sich am 30. Mai spontan zur Wahl stellen – vorausgesetzt, er hat einen Bezug zu Moabit, ob er hier wohnt, arbeitet oder sich in Initiativen engagiert.
Im Vorfeld hatte im März bereits eine Informationsveranstaltung dazu stattgefunden.

Eine Stadtteilvertretung ist ein wichtiges Gremium im Gebiet. Sie ist zwar kein Entscheidungsgremium wie etwa die gewählte Bezirksverordnetenversammlung (BVV), und ihre Beschlüsse sind nicht bindend für Politik und Verwaltung. Eine Stadtteilvertretung arbeitet vielmehr beratend und gibt Empfehlungen. Aber sie kann dennoch viel erreichen: Ihre Aufgabe ist es in erster Linie, tatsächlich das breite Spektrum der Bürgerinnen und Bürger im Quartier zu vertreten, deren Meinungen einzuholen, Kontakt zu ihnen zu halten und als Ansprechpartner zu Verfügung zu stehen. Sie hat die Möglichkeit, von Verwaltung und Politik Informationen einzufordern und umgekehrt Meinungsbilder der Bürger zu transportieren. Insofern ist sie ein sehr wichtiges Bindeglied zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung.
Die Sprecher der Stadtteilvertretung nehmen an den monatlichen Sitzungen des Sanierungsbeirats teil, bei denen viele Sanierungsbeteiligte an einem Tisch sitzen und sich über aktuelle Themen austauschen und diskutieren.
Viele Beispiele, auch aus anderen Gebieten, zeigen, dass eine Stadtteilvertretung durchaus viel erreichen kann, wenn sie sich engagiert einmischt, einen breiten Bürgerwillen repräsentiert und klug mit Verwaltung und Politik kommuniziert.

Umso wichtiger ist es, dass die Stadtteilvertretung möglichst auch die Vielfalt der Bevölkerung im Gebiet repräsentiert: Frauen und Männer, Ältere und Junge, hier Tätige, Bewohner, Vertreter hiesiger Initiativen oder Eigentümer, mit deutschen oder nichtdeutschen Wurzeln. Insbesondere wäre es wünschenswert, dass auch die Bevölkerung mit migrantischem Hintergrund stärker als bisher in der STV repräsentiert ist.
Bei der Wahl am 30. Mai sind aber nicht nur jene gefragt, die kandidieren wollen. Vor allem sollten alle, die sich für ihren Kiez interessieren, zur Wahlveranstaltung erscheinen, um über die Kandidatinnen und Kandidaten abzustimmen! Schließlich sind sie es, die in den nächsten drei Jahren Ihre Ansprechpartner sein sollen und Ihre Interessen vertreten sollen!

Kommen Sie also zur Wahlveranstaltung!
Am Dienstag, 30. Mai, um 19 Uhr in der Heilandskirche, Thusnelda-Allee 1. *us*

Der Wahlablauf

Es können maximal 25 Kandidaten gewählt werden. Die Wahl findet in geheimer Einzelabstimmung statt, das heißt, jeder darf auf einem Wahlzettel seine 25 Favoriten ankreuzen.

- Vorab wird es eine kurze Vorstellung der Gebietsakteure geben.
- Danach stellen sich die Kandidatinnen und Kandidaten persönlich kurz vor. Erst dann können die Wahlzettel vor Ort angefertigt und ausgeteilt werden.
- Nach Abgabe der Stimmzettel erfolgt die Auszählung durch zwei Gruppen mit je drei Zählenden.
- In der Auszählzeit wird Andreas Szagun von der Geschichtswerkstatt Tiergarten einen interessanten Vortrag zur Geschichte der Straßenbahn in Moabit halten.
- Danach wird das Ergebnis bekannt gegeben.

Das erste Treffen der neuen Stadtteilvertretung findet voraussichtlich am Montag, dem 12. Juni statt. *us*

»Aktives Zentrum« und Sanierungsgebiet – was heißt das?

Stadt ist ein komplexes Gebilde mit vielen Faktoren: die soziale Situation, der bauliche Zustand, die Qualität des öffentlichen Raums, der kulturellen und sozialen Infrastruktur, die Verkehrssituation, die Gewerbelandschaft. Manche Quartiere haben einen größeren Handlungsbedarf als andere. Doch oft bieten nur Städtebauförderprogramme den Kommunen auch die finanzielle Möglichkeit, nachhaltige, größere Investitionen in die Verbesserung des öffentlichen Raums vorzunehmen.

»Aktives Zentrum«
Im Jahr 2008 wurde das Bund-Länder-Programm »Aktive Stadtzentren« als Teil der Städtebauförderung ins Leben gerufen. Insbesondere Stadtteilzentren und zentrale Geschäftsstraßen sollen damit gestärkt werden. Das Gebiet Turmstraße wurde 2008 als eines von sechs Berliner Gebieten in das Programm aufgenommen. 2011 wurde das Gebiet außerdem als Sanierungsgebiet festgesetzt (Einzugsbereich siehe Rückseite).
Seit 2008 stehen für Fördermaßnahmen im Gebiet Turmstraße insgesamt ca. 32,5 Millionen Euro für einen Entwicklungszeitraum von ca. 15 Jahren bereit. Damit sollen der öffentliche Raum und die Infrastruktur verbessert sowie neue Impulse für die Geschäftsstraßen und die umliegenden Wohnquartiere gesetzt werden.

So wurden damals für das AZ-Gebiet Turmstraße u.a. folgende grundlegende Handlungsfelder definiert:

- Verkehrskonzept: das verkehrsbelastete Gebiet soll durch Straßenumbauten modernisiert und insbesondere für Fußgänger und Radfahrer sicherer werden.

- Stärkung der Geschäftsstraße: Die Turmstraße mit ihrem Umfeld soll wieder gestärkt, Händler und Gewerbetreibende im Gebiet unterstützt werden. Dafür wurde das Büro »die raumplaner« mit dem Geschäftsstraßenmanagement beauftragt.
- Neugestaltung von Grünflächen wie Kleiner Tiergarten und Ottopark: Ziel war die Schaffung vielfältiger Nutzungsmöglichkeiten für möglichst viele Bevölkerungsgruppen sowie bessere Spiel- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche.
- Entwicklung zentraler Areale wie z.B. das ehemalige Hertie-Gelände, das Schultheiss-Areal oder auch die Turmstraße 75

Das Sanierungsgebiet
Besteht in einem Gebiet »besonderer städtebaulicher Handlungsbedarf«, hat eine Kommune die Möglichkeit, das Quartier als Sanierungsgebiet auszuweisen. Dies bietet der Kommune laut Baugesetzbuch ein umfangreiches rechtliches Instrumentarium, um die Entwicklung über einen langfristigen Zeitraum (meist 15 Jahre) besser steuern zu können.
So gibt es für private Investitionsvorhaben besondere Genehmigungsverfahren. Spekulative Grundstücksverkäufe können in Sanierungsgebieten verhindert werden, indem der Bezirk die Kaufpreise überprüft, die den Verkehrswert der Immobilie nur knapp übersteigen dürfen.
Für die einzelnen Gebiete legt der Bezirk Sanierungsziele fest.
Für förmlich festgesetzte Sanierungsgebiete ist im Baugesetzbuch zudem die Bürgerbeteiligung festgeschrieben: alle zwei bis drei Jahre wird öffentlich und demokratisch eine Bürgervertretung gewählt, die Informations- und Mitspracherechte hat.

Eine Zwischenbilanz

In den letzten Jahren ist viel geschehen und hat sich auch vieles verändert: Manches offensichtlich, anderes ist manchmal oder noch nicht auf den ersten Blick sichtbar.

Kleiner Tiergarten
Einer der Schwerpunkte der letzten Jahre war die grundlegende Erneuerung des Kleinen Tiergartens / Ottoparks, die nun so gut wie abgeschlossen ist: Sechs Jahre dauerte der Prozess, begleitet von einer umfangreichen Bürgerbeteiligung: So waren Mitglieder der damaligen Stadtteilvertretung auch an der Erarbeitung des damaligen Wettbewerbsverfahrens und an der Jury beteiligt. Es gab zahlreiche Bürgerversammlungen und Debatten, Vor-Ort-Besichtigungen, öffentliche Workshops, immer wieder wurden die Planungen mit den Bürgerwünschen abgestimmt. Einbezogen wurden auch die Szenegruppen, die sich im Park treffen – für sie entstand ein eigenständiger Aufenthaltsort. Zudem wurde der Träger »Fixpunkt e.V.« mit der Betreuung und Beratung beauftragt sowie eine »Arbeitsgruppe mobile Sozialarbeit« eingerichtet.
Dennoch war der Prozess auch starker Kritik ausgesetzt, insbesondere ging es um den Baumbestand. Doch selbst der Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses attestierte dem Bezirk ein vorbildliches Beteiligungsverfahren. Dass aus dem einst völlig verwilderten Areal wieder ein Park wurde, den viele Anwohner nutzen, wäre ohne das Verfahren und ohne das Förderprogramm nicht möglich gewesen.
Nun gibt es seit ca. anderthalb Jahren ein alt-neues Problem im mittleren Durchgangsteil des Parks, wo wieder verstärkt Drogendealer auftreten. Hier arbeiten Bezirksamt, Senat, Polizei, Fixpunkt e.V. und andere derzeit gemeinsam an Maßnahmen, um für mehr Sicherheit für die Bürger zu sorgen.

Verkehr
Ein Verkehrskonzept wurde erarbeitet, das jedoch durch die überraschende Aktualisierung der Tram-Planung für Moabit durch die Senatsverwaltung ins Stocken geriet. Andererseits gab es auch zahlreiche Verzögerungen von längst geplanten Baumaßnahmen durch extrem langsame Genehmigungsverfahren. Dennoch konnten einige verkehrsberuhigende und Erneuerungsmaßnahmen bereits umgesetzt werden, weitere Umbauten sind in Arbeit oder in Planung.
Derzeit werden die Straßen rund um die Arminius-Markthalle neu gestaltet: mit Baumpflanzungen, der Erneuerung von Gehwegen und Straßen, die Arminiusstraße wird zur Fußgängerzone. Auch diese Planung wurde durch Workshops mit Anwohnern und Gewerbetreibenden sowie der Stadtteilvertretung begleitet. Ebenfalls in Arbeit ist der Umbau der Gehwege entlang der Turmstraße.
Die Straßenbahnplanung über die Trasse Turmstraße wird immer weiter konkretisiert. Und damit können nun auch die Planungen für die Straße Alt-Moabit wieder neu aufgenommen werden.

Stadtteilladen
In der Krefelder Straße 1a konnte ein neuer Stadtteilladen eingerichtet werden, der nun Platz für vielfältige Aktivitäten bietet: Hier stehen das Koordinationsbüro (KoSP-GmbH) als Gebietsbetreuer und das Geschäftsstraßenmanagement regelmäßig bei Sprechstunden als Ansprechpartner zur Verfügung (s. S. 2), trifft sich die Stadtteilvertretung zu ihren Plena, tagt der Sanierungsbeirat, berät die Mieterberatung Prenzlauer Berg Bewohner der beiden Moabiter Milieuschutzgebiete, finden kulturelle Veranstaltungen wie das »Kino für Moabit« statt.

Geschäftsstraßenmanagement und TIM
Der Arbeit des Geschäftsstraßenmanagements (die raumplaner) und dem Engagement etlicher Moabiter Gewerbetreibender (TIM) ist es zu verdanken, dass sich inzwischen ein gut funktionierendes Netzwerk von Aktiven gebildet hat, das mit zahlreichen gemeinsamen Initiativen, mit der Organisation der Stadtteilfeste und öffentlichen Aktionen den Kiez belebt – die Initiative TIM ist inzwischen ein wichtiger Akteur im Gebiet und trifft sich regelmäßig zum Gewerbetreibenden-Frühstück.
So konnte das Moabiter Kiezfest als jährliches Highlight fest etabliert werden. Wichtiger Teil der Arbeit der raumplaner ist u.a. auch die Beratung und Betreuung von Gewerbetreibenden, insbesondere bei Baumaßnahmen.

Jugendverkehrsschule (JVS) Bremer Straße
Diese war ein wichtiger Diskussionspunkt in den letzten Jahren, den die Zukunft der JVS war lange ungewiss. Im Raum stand die Frage, ob man auf dem landeseigenen Grundstück eventuell preiswerten Wohnraum errichtet. Die bisherige Stadtteilvertretung engagierte sich stark für den Erhalt der JVS an diesem Ort – mit Erfolg. Auch die BVV trug mehrheitlich das Votum für den Erhalt mit, unter dem neuen zuständigen Stadtrat fiel die positive Entscheidung. Ein neuer Betreiber wurde gefunden (s.S. 3)

Turmstraße 75
Die Turmstraße 75 (Brüder-Grimm-Haus), in dem u.a. die Volkshochschule, die Musikschule, die »Galerie Nord« und etliche andere Institutionen und Initiativen ihren Sitz haben, soll mit einem neuen Raumkonzept zu einem offenen, einladenden kulturellen Zentrum für Moabit umgebaut werden. Dieser Prozess begann vor zwei Jahren. Mit der Erarbeitung des Konzepts unter Einbeziehung der Nutzer des Hauses sowie der Bürger wurden die Büros »baupiloten« sowie »Stattbau« beauftragt. Bei Vorlage eines Bezirksvotums soll die entsprechende Bauplanung noch in diesem Jahr erstellt werden. Der Umbau kann dann ab 2018 / 2019 beginnen..

Milieuschutz
Im Mai 2016 wurden nach umfangreichen Voruntersuchungen zwei Moabiter Viertel zu Milieuschutzgebieten erklärt: das Quartier »Birkenstraße« und das Gebiet »Waldstraße«. Mit dem Instrument des Milieuschutzes sollen Luxusmodernisierungen sowie Umwandlungen in Eigentumswohnungen und damit weitere Mieterverdrängung verhindert werden. Seit Oktober 2016 ist die »Mieterberatung Prenzlauer Berg« mit der Mieterberatung für Bürger aus den Milieuschutzgebieten beauftragt, diese wird zweimal wöchentlich im Stadtteilladen Krefelder Straße angeboten.

Schultheiss-Areal
Nach jahrelangen Verhandlungen und einem B-Plan-Verfahren hat der (nach wie vor umstrittene) Umbau des Schultheiss-Areals durch den Investor HGHI (Harald Huth) begonnen. Im Wesentlichen entstehen hier eine Shopping-Mall, ein Hotel sowie Büro- und Gewerbeflächen. Doch das Ringen um die genaue Gestaltung ist noch nicht beendet. So steht die Frage nach zusätzlichen Nachverdichtungen für eine weitere Hotelnutzung im nördlichen Bereich . Außerdem ist angesichts der Straßenbahnplanung unklar, welche Auswirkungen die Zufahrt zur Tiefgarage über die Turmstraße haben wird.
Gewerbetreibende, die wegen des Umbaus das Areal verlassen mussten, erhielten bei der Suche nach neuen Standorten Unterstützung durch das GSM.

Ausblick

In den nächsten Jahren werden die Aufgaben und Themen nicht weniger. Viele Projekte werden fortgeführt: die Straßenbahnplanung, die Turmstraße 75, der Umbau der Gehwege in der Turmstraße, generell die Weiterentwicklung des Verkehrskonzepts (z.B. für die Straße Alt Moabit). Auch die Drogenproblematik und die Frage der Sicherheit im mittleren Kleinen Tiergarten wird wohl (leider) noch längere Zeit viele beschäftigen.
Daneben wird es neue Themen geben: etwa die Neugestaltung der Lübecker Straße, private Neubauvorhaben, Schul- und Kita-Sanierungen, die Weiterentwicklung des Hertie-Areals. Zudem wird sich mit der für 2018 geplanten Eröffnung des neuen Schultheiss-Quartiers eine neue Situation für das Quartier ergeben, deren Auswirkungen zu beobachten sind.
Das Förderprogramm »Aktive Zentren« bietet die Möglichkeit, all dies zu begleiten, notwendige Maßnahmen zu finanzieren. Bürgerbeteiligung zu organisieren. Und natürlich ist auch die neue Stadtteilvertretung gefragt, die Meinung der Bürger einzuholen und sich aktiv in den Prozess einzubringen! *us*

Zwei Jahre Stadtteilvertretung: Ein Resümee

Hier berichtet die Stadtteilvertretung selbst über ihre Erfahrungen

Die Stadtteilvertretung Turmstraße (StV) ist ein gewähltes Gremium der BürgerInnenbeteiligung im Aktiven Zentrum und Sanierungsgebiet Turmstraße mit einer Legislaturperiode von aktuell zwei Jahren und 25 gewählten Mitgliedern, die sich aus Anwohnern, Gewerbetreibenden und Mitgliedern lokaler Initiativen und Vereine zusammensetzen.

Aufgaben der StV:
- Eine aktive und realistische Bürgerbeteiligung durchzusetzen.
- Wünsche und Anregungen der BürgerInnen an Politik und Verwaltung heranzutragen und sich für die Realisierung dieser stark zu machen.
- Wichtigstes Gremium für die Kommunikation mit der Verwaltung ist der Beirat, der monatlich tagt. Im Beirat treffen sich VertreterInnen des Bezirksamts, des gebietsbetreuenden Büros KoSP, des Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße und der StV, um alle Belange und Probleme im Sanierungsgebiet zu thematisieren und Lösungsansätze zu suchen und weiterzuleiten.

Trotz der nur anregenden und beratenden Funktion gegenüber Verwaltung und Politik, die teilweise zu Demotivation führen kann, gelang es der StV regelmäßig, in allen Handlungsfeldern relevante Denkanstöße, Vorschläge oder alternative Maßnahmen für die beteiligten Gremien einzubringen.

Organisations- und Handlungsstruktur:
Die StV entwarf eine Geschäftsordnung, nach der sich ihre Organisation und Arbeitsweise ausrichtet. Sie tagt monatlich in einem Plenum, um alle Interessenfelder, Ideen, Visionen und Problembereiche kontrovers, proaktiv und konstruktiv zu besprechen und daraus abgeleitete Handlungsparameter zu entwickeln, die in mehrheitlich verabschiedete Beschlüsse einfließen, welche wiederum im Beirat oder im Stadtentwicklungsausschuss der Bezirksverordnetenversammlung eingebracht und vorgestellt werden. Um die teils zeitaufwendige Vorgehensweise zu erleichtern, können sich innerhalb der StV je nach Interessenlage Arbeitsgruppen (AG's) bilden, die einzeln untergliederte Themenbereiche bearbeiten.

Folgende AG's sind derzeit aktiv :
- AG Grün
- AG Jugendverkehrsschule (JVS)
- AG Kultur
- AG Soziales

AG Grün
Sie arbeitet für die Erhaltung und Verbesserung der Aufenthalts- und Lebensqualität im Sanierungsgebiet durch die Erhaltung und Pflege aller Grünanlagen, die der Filterung von Feinstaub und Autoabgasen, der Bereitstellung von Brut- und Nistplätzen für regionale Tiere, der Abschottung vor Verkehrslärm und der Verringerung von Außentemperaturen in Hitzeperioden dienen:
Dazu gehören Straßengrün, Hofbegrünung, Wohnumfeldvegetation sowie die Parkplanung Kleiner Tiergarten Ost (KTO)/Ottopark, die bereits in der früheren Stadtteilvertretung erhebliches Gewicht hatte.
Letztere wurde seit der StV-Wahl 2013 von der AG Grün intensiv kritisiert. Die zahlreichen teuren Sitzkiesel und die Unbeweglichkeit der Planer, ihr »Baumfällkonzept« weiter zu reduzieren, hat unsere StV kontinuierlich angemahnt. Die AG Grün hat sich konsequent für die Erhaltung von Sträuchern und Bäumen und den Verzicht auf weitere Sitzkiesel im Kleinen Tiergarten Ost eingesetzt. Trotzdem konnten entsprechende Voten der StV die beschlossenen Umsetzungskonzepte der Bauabschnitte nicht verändern und das Scheitern vieler begründeter Verbesserungsvorschläge nicht mehr verhindern. Durch ihre von Beginn an aktive Mitarbeit in den zurückliegenden Vorgesprächen, Beteiligungsverfahren, Workshops und Ortsbesichtigungen hat die »AG Grün« gegenüber den ursprünglichen Planungen aber auch sichtbare Erfolge erzielt und durchgesetzt. Ein Ende 2016 erarbeiteter Verbesserungskatalog zum Bauabschnitt 7 im östlichen Teil wurde über den Beirat an das Bezirksamt weitergeleitet.

AG Jugendverkehrsschule (JVS)
Die StV begrüßt und unterstützt weiterhin alle politischen und bürgerschaftlichen Initiativen zum Erhalt der JVS in der Bremer Straße in Moabit in öffentlicher Trägerschaft als wichtigen Bestandteil der Verkehrserziehung im Bezirk Berlin-Mitte. Der Bezirk braucht mindestens zwei Jugendverkehrsschulen, weil die Kapazität der JVS in der Gottschedstraße (Wedding) allein nicht ausreicht. Eine Bebauung des Geländes der JVS Moabit würde den vom Bezirksamt Mitte am 13.05.2014 selbst beschlossenen »Zielen und Handlungsstrategien des Bezirks für die Bezirksregion Moabit West« widersprechen: Darin wird festgestellt, dass wegen des Mangels an öffentlichem Grün und der bereits hohen Verdichtung keine Wohnungsbaupotenziale gesehen werden.
Nachdem der Schließungsbeschluss des Bezirksamtes für die JVS Bremer Straße im Frühjahr 2016 von der BVV abgelehnt wurde, forderte die StV das Bezirksamt auf, umgehend einen Betreiber mit der laufenden Betreuung durch den Bezirk zu beauftragen. Schließlich hat das Berliner Abgeordnetenhaus mit der Neufassung des Berliner Schulgesetzes am 28. April 2016 die Jugendverkehrsschulen zu Pflichtaufgaben der Bezirke gemacht. Die JVS in der Gottschedstraße reicht für den Bedarf im Bezirk Mitte aber nicht aus.
Die StV fordert den Bezirk Mitte auf, zum nächstmöglichen Termin bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt ausreichende Programmmittel für eine angemessene Sanierung des Geländes der JVS in der Bremer Straße aus dem Bund-Länder-Programm »Aktive Stadt- und Ortsteilzentren« zu beantragen und zu prüfen, ob und ggf. ab wann eine zusätzliche Finanzierung für investive Maßnahmen mit Einnahmen aus früheren Sanierungsgebieten möglich ist (Einnahmen aus Ausgleichsbeträgen). Vor der Ausführungsplanung bzw. Durchführung der Sanierung ist die StV frühzeitig und intensiv zu beteiligen, um eine unnötige Luxussanierung zu vermeiden!
Aus dem Programm »Aktive Zentren« kommen dafür mehrere Handlungsfelder in Frage:
- Handlungsfeld B (öffentliche Grün- und Freiflächen) für die Sanierung der Grün- und Freiflächen auf der und um die JVS
- Handlungsfeld C (Verkehr und öffentlicher Raum) für die Sanierung der Verkehrsflächen der JVS und des umliegenden öffentlichen Raumes;
- Handlungsfeld D (bedeutende städtebauliche Einzelmaßnahmen und soziale Infrastruktur) für die Sanierung des Schulungsgebäudes der JVS
- Handlungsfeld E (Kunst, Kultur, Soziales) für die Förderung der innerstädtischen Fahrradmobilitätskultur und die Stärkung der Identifikation der Bewohner Moabits mit der JVS.

AG Kultur
Die AG Kultur entsprang der Idee, Kulturschaffende im Kiez miteinander zu vernetzen, ihnen Räume zur Entfaltung und Präsentation ihrer Projekte zu organisieren und diese Anregungen den Verantwortlichen in der Verwaltung nahe zu bringen. Im Rahmen dieser Initiativen engagierte sich die AG vor allem für die Belange der Liegenschaften »Universal Hall«, deren Betreiber bei der Vorstellung seines Nutzungskonzeptes unterstützt wurde, um einer Veräußerung der Immobilie durch die Wasserwerke entgegenzuwirken, sowie des Brüder-Grimm-Hauses in der Turmstraße 75, zu dem ein umfangreicher, von Planungsbüros moderierter Prozess vom Bezirksamt eingeleitet wurde, um öffentliche finanzielle Mittel in eine kohärente architektonische Modernisierung zu investieren.
Die Kernpunkte eines geforderten Nutzungskonzeptes waren folgende:
- Erhaltung des bestehenden Angebots und moderate Erweiterung,
- Erschließung zusätzlicher Räumlichkeiten (Dachgeschoß, Keller, Flure, Innenhof, Foyer),
- Mitnutzung ausgewiesener Räume durch Initiativen,
- Nutzung auch in den Ferien und außerhalb der Kernzeiten,
- Angebote sollen bekannt gemacht werden,
- Steuerungspersonal für Service (Raumvergabe, Regeln, Kalender),
- das Haus soll offen, flexibel, einladend erkennbar und nutzerfreundlich werden,
- Heterogenität der Zielgruppen und vernetzte Vielfalt.

Kritikpunkte gegenüber dem Bezirksamt waren folgende:
- Die Studie der HU (Nutzungs-/Umbaukonzept aus dem Jahr 2015) wurde nur ohne Anhang zur Verfügung gestellt;
- keine Beteiligung an der Erarbeitung der Kriterien für die Ausschreibung, der Ausschreibungstext wurde uns nicht mitgeteilt;
- Es erfolgte keine glaubwürdige Darstellung, wie bestimmte, in Moabit stark vertretene Nutzergruppen wie Menschen mit Migrationshintergrund, Kinder oder SeniorInnen bei der Beteiligung mit einbezogen werden sollen;
- Wurden die Quartiersräte gefragt oder nur das Quartiersmanagement ?

Die Diskussion über die gemeinsame und über Dienstzeiten hinaus gehende Nutzung der Räume ist bisher unzureichend offen geführt worden, um die im uns bekannten Teil des Nutzungskonzeptes aufgeführten Kriterien wie Offenheit und neue Nutzungsmöglichkeiten zu erfüllen.
Die bislang durchgeführten Veranstaltungen wie Zukunftswerkstatt und Beiratssitzungen hatten nicht das gesamte Objekt zum Gegenstand, sondern vor allem Nebenräume, Eingangsbereich und Flure, aber nicht z.B. den Hofbereich oder das Dach.
Am Ende eines mittelfristigen Prozesses mit Kommunikations- und Abstimmungsproblemen zwischen StV und Bezirksamt standen drei Ausbauvarianten :
- großzügiges Foyer auf linker Seite, multifunktionaler Saal, Terrasse zum Hof.
- großzügiges Foyer auf rechter Seite, unabhängiger Clubkeller im Souterrain, Terrasse zum Hof.
- zentrales, großzügiges Foyer in der Mitte, Galerie im Erdgeschoss und Dach, Raum für temporäre Nutzung / Vermietung im Erdgeschoss.

AG Soziales
Die AG Soziales der StV hat im Rahmen der von AZ-Mitteln geförderten, straßenbegleitenden Sozialarbeit in der »Steuerungsrunde« mitgewirkt, die aus diversen Zuständigen für das Problem der Drogenszene im Kleinen Tiergarten zusammengesetzt ist: Dies sind Vertreter des Senats, des Präventionsrats des Bezirksamts, des Drogenbeauftragten der Polizei, Vertreter des Koordinationsbüros KoSP, des Trägers »Fixpunkt e.V.«, der für die Arbeit mit den betroffenen Personen der Drogenszene im Kleinen Tiergarten beauftragt ist, sowie die StV.
Die AG Soziales hat sich an der AG »Straßensozialarbeit Turmstraße – Kleiner Tiergarten – Ottopark« beteiligt. Hier wurde in Zusammenarbeit mit VertreterInnen des Senats und Bezirkes sowie des mit der Sozialarbeit beauftragten Trägers »Fixpunkt e.V.« versucht, ein tragfähiges Miteinander der unterschiedlichen NutzerInnengruppen des Parks zu erreichen. Ziel war die Anregung zur Überprüfung des existierenden »Inklusionkonszepts« für die Drogenszene, die aus dem Kleinen Tiergarten nicht verdrängt werden soll. Die AG Soziales hat auf die Bedeutung der Entwicklung eines weiterführenden Drogenpräventionskonzepts hingewiesen, damit der gefährlichen Verbreitung von Drogen im AZ-Gebiet vorgebeugt wird und ein neues Integrationskonzept – neben dem Inklusionskonzept – für die betroffenen BürgerInnen mit einem Alkohol- und Drogenproblem erarbeitet wird.

Neuwahl der StV
Nicht alle im Mai 2015 gewählten StadtteilvertreterInnen haben die zwei Jahre durchgehalten. Die ehrenamtliche Mitarbeit in einer gemischten Gruppe gestaltet sich oft nicht einfach. Am 30. Mai steht nun die Neuwahl der StV an und wir möchten alle, die sich für die Belange ihres Kiezes einsetzen wollen, recht herzlich zur Kandidatur ermuntern. Machen Sie mit, nehmen Sie Ihre Interessen in die eigene Hand und beteiligen Sie sich an der Gestaltung unseres Kiezes! Dafür lohnt eine Mitarbeit.

R. Schonk, für die StV Turmstraße

30. Mai 2017
Heilandskirche
19:00 Uhr

Wahl der Stadtteilvertretung Turmstraße

Ihre Stimme zählt!

Kommen Sie am 30. Mai 2017 zur Wahl der Stadtteilvertretung Turmstraße und gestalten Sie aktiv die Zukunft Ihres Stadtteils mit, indem Sie die neuen Vertreter und Vertreterinnen Ihres Kiezes wählen.

Herr Szagun hält an diesem Abend einen Vortrag über „Die Straßenbahn in Moabit zu verschiedenen Zeiten".

Die Kandidatur ist auch noch am Tag der Wahl möglich!
-
Den ausgefüllten Kandidatenbogen nicht vergessen!!!

Ausführliche Informationen erhalten Sie unter:
www.stv-turmstrasse.de sowie www.turmstrasse.de und in der Stadtteilzeitung „ecke turmstraße"

Menschen mit Kommunikationshilfebedarf melden sich bitte bis zum 23.05.2017 unter (030) 33 00 28 32 oder schreiben uns an turmstrasse@kosp-berlin.de

STÄDTEBAU-FÖRDERUNG · aktive zentren Berlin · STADTTEILVERTRETUNG TURMSTRASSE · KoSP · BEZIRKSAMT MITTE VON BERLIN · be Berlin

Machen Sie mit.
Gestalten Sie mit.

STADTTEILVERTRETUNG TURMSTRASSE

Kandidatur zur Stadtteilvertretung Turmstraße

Foto
(freiwillig)

Name: _____
Anschrift: _____
Telefon*: _____
E-Mail*: _____

Tätigkeit: _____
Alter**: _____

* Nur für interne Verwendung **Angabe freiwillig

Ich kandidiere für die Wahl als Stadtteilvertreterin/-vertreter für das Aktive Zentrum und Sanierungsgebiet Turmstraße.

Selbstdarstellung mit Interessenhintergrund
Max. 300 Zeichen (mit Leerstellen), bei Überschreitung behält sich die Redaktion Kürzungen vor.

☐ Ich wohne im Gebiet
☐ Ich habe ein Geschäft im Gebiet
☐ Ich arbeite im Gebiet (auch ehrenamtlich)
☐ Sonstiges:

Ich möchte mich besonders engagieren für:
(z.B. Verkehrsplanung, Umfeldgestaltung, lokale Ökonomie, ...)

Informationen zur Wahl und zum Fördergebiet Turmstraße erhalten Sie im Rahmen der Sprechzeiten im Stadtteilladen Moabit:
KoSP: Di. 09:30 - 12:00 Uhr, Do. 15:30 - 18:00 Uhr
die raumplaner: Di. 16:00 - 19:00 Uhr, Fr. 08:00 - 10:00 Uhr

Sie können den Kandidatenbogen bis zum 28. Mai 2017 per Post schicken oder einwerfen bei:
Stadtteilladen Moabit, Krefelder Straße 1 a, 10555 Berlin oder
Sie bringen den Bogen am 30. Mai 2017 zur Veranstaltung mit.

Sie können auch ohne ausgefüllten Kandidatenbogen in der Veranstaltung direkt kandidieren.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Die Wahlkandidaten

Am 9. April war Stichtag: Bis dahin sollten die Bewerbungen für die neue Stadtteilvertretung eingereicht werden, die am 30. Mai gewählt werden wird, um sie in dieser Zeitung vorab vorstellen zu können..
Auf den Aufruf meldeten sich bis 9. April zehn Engagierte, die für die neue Stadtteilvertretung (StV) kandidieren wollen. Darunter sind einige, die bereits Erfahrungen aus früheren StVs mitbringen, und einige, die zum ersten Mal antreten.
Sie werden an dieser Stelle mit ihren Selbstauskünften vorgestellt und sich auch auf der Wahlveranstaltung am 30. Mai persönlich vorstellen.
Doch auch am Wahlabend können sich noch Kandidatinnen und Kandidaten unangemeldet und spontan zur Wahl stellen!

Kandidatinnen und Kandidaten, die sich bislang zur Wahl für die neue Stadtteilvertretung gemeldet haben, sind:

(in alphabetischer Reihenfolge)

Thomas Bausch

Tätigkeit: Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Mein Bezug zum Sanierungsgebiet und »Aktiven Zentrum« Turmstraße ist:
– Ich wohne im Gebiet.
– Sonstiges (Ich war bereits Mitglied der bisherigen Stadtteilvertretung.)
Ich möchte mich in der Stadtteilvertretung besonders engagieren für:
Erhalt und Weiterentwicklung der Jugendverkehrsschule in der Bremer Straße, mehr Platz für Rad- und Fußverkehr, weniger Abgase und Autolärm, mehr Grün und sichere öffentliche Räume.

Frauke Gebert

Tätigkeit: Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bundestag
Alter: 32 Jahre
Mein Bezug zum Sanierungsgebiet und »Aktiven Zentrum« Turmstraße ist:
– Ich wohne im Gebiet.
Ich möchte mich in der Stadtteilvertretung besonders engagieren für:
Bürgerbeteiligung und Vernetzung der Menschen in Moabit, eine aktive Nachbarschaft, Wohnen / Mieterrechte, Geschäftsstraßenmanagement und Verkehrsplanung an der Turmstraße

Kai Philip Giersberg

Tätigkeit: Student
Alter: 26 Jahre
Mein Bezug zum Sanierungsgebiet und »Aktiven Zentrum« Turmstraße ist:
– Ich wohne im Gebiet.
Ich möchte mich in der Stadtteilvertretung besonders engagieren für:
Verbesserung der Fahrradinfrastruktur, Vernetzung der sozialen und kulturellen Akteure, Aktivierung von leerstehenden Geschäftsflächen, Schaffung neuer öffentlicher Orte für die Nachbarschaft

Sumurud Ezzeldin

Tätigkeit: Student
Alter: 30 Jahre
Mein Bezug zum Sanierungsgebiet und »Aktiven Zentrum« Turmstraße ist:
– Ich wohne im Gebiet
– Ich arbeite im Gebiet (auch ehrenamtlich).
Ich möchte mich in der Stadtteilvertretung besonders engagieren für:
Lokale Ökonomie, eventuell Verkehrsplanung und Umfeldgestaltung

Leonie Hanewinkel

Tätigkeit: Studentin
Alter: 24 Jahre
Mein Bezug zum Sanierungsgebiet und »Aktiven Zentrum« Turmstraße ist:
– Ich wohne im Gebiet.
– Ich arbeite im Gebiet (auch ehrenamtlich).
Ich möchte mich in der Stadtteilvertretung besonders engagieren für:
Durch meine Arbeit im Quartiersmanagement Moabit West habe ich den Kiez sehr gut kennengelernt. Das ist mir wichtig: Integration, soziale Infrastruktur, Kultur, Demokratieförderung, soziale Gerechtigkeit

Thomas Mayer

Tätigkeit: immer noch Buchprojekt
Mein Bezug zum Sanierungsgebiet und »Aktiven Zentrum« Turmstraße ist:
– Sonstiges (Mitglied des Runden Tischs gegen Gentrifizierung)

Nadia Zoe Plönges

Tätigkeit: Studentin und Flüchtlingsarbeit
Alter: 18
Mein Bezug zum Sanierungsgebiet und »Aktiven Zentrum« Turmstraße ist:
– Ich arbeite im Gebiet (auch ehrenamtlich).
Ich möchte mich in der Stadtteilvertretung besonders engagieren für:
Die ansprechende Belebung des Gebiets um den Kleinen Tiergartens (besonders vor Fertigstellung des Schultheiss-Areals), die Verstetigung der bereits existierenden Projekte, mehr Aktionen für junge Erwachsene und ältere Mitbürger, StV im Hinblick auf die durchmischte Bevölkerung Moabits

Charalambos Roussos

Tätigkeit: Verkehrspsychologe
Alter: 56
Mein Bezug zum Sanierungsgebiet und »Aktiven Zentrum« Turmstraße ist:
– Ich wohne und arbeite im Gebiet.
– Ich bin aktives Mitglied der Stadtteilvertretung seit 2013
Ich möchte mich in der Stadtteilvertretung besonders engagieren für:
Ich möchte mich weiterhin einsetzen für die Aufrechterhaltung der Jugendverkehrsschule in der Bremer Straße, den Schutz der Grünanlagen und des erhaltenswerten Baumbestandes, für ein sicheres und sinnvolles Mobilitätskonzept und für die Bewältigung der Drogenproblematik im Kleinen Tiergarten.

Robert Schonk

Tätigkeit: selbstständig
Mein Bezug zum Sanierungsgebiet und »Aktiven Zentrum« Turmstraße ist:
– Ich wohne im Gebiet.
Ich möchte mich in der Stadtteilvertretung besonders engagieren für:
Verkehrs- und Stadtplanung, Park- und Grünflächengestaltung, Förderung und Ausbau kultureller Einrichtungen, Aufnahme von Bürgerbegehren

Karl Schwarz

Tätigkeit: Beamter im Ruhestand (TU Berlin)
Alter: 78
Mein Bezug zum Sanierungsgebiet und »Aktiven Zentrum« Turmstraße ist:
– Ich wohne im Gebiet.
Ich möchte mich in der Stadtteilvertretung besonders engagieren für:
Umfeldgestaltung (Grünflächen, soziale Mischung, historische Stadt, Denkmalpflege)

Akteure im »Aktiven Zentrum« und Sanierungsgebiet: Wer macht was?

Wichtigste Akteure sind das Bezirksamt und die Bezirksverwaltung, die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (als Fördergeber), das Koordinationsbüro (KoSP), das im Auftrag des Bezirks die Vorhaben und Prozesse im Gebiet begleitet und koordiniert, das Geschäftsstraßenmanagement (die raumplaner) und natürlich die Stadtteilvertretung.
Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) kann als politisches Bezirksparlament Beschlüsse fassen, die das Gebiet betreffen. Letztlich entscheidendes Gremium im Bezirk ist das Bezirksamt Mitte, bestehend aus den Stadträten für die unterschiedlichen Ressorts und dem Bezirksbürgermeister.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt
Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt entscheidet als »Fördergeber« maßgeblich über förderfähige Vorhaben und die Mittelvergabe für konkrete Maßnahmen in festgelegten Zeiträumen. Aber es kann immer wieder vorkommen, dass Fördergelder wegen unvorhergesehener Umstände zeitlich verschoben werden müssen. Es ist der Senatsabteilung IV, zuständig für die Fördergebiete, zu verdanken, dass die Fördermittel dennoch nicht verfallen, sondern – wenn möglich – klug »umgeschichtet« werden.
Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen ist zudem Prüfungsinstanz für Widersprüche, die in Sanierungsgebieten beispielsweise von Eigentümern eingelegt werden.

Das Stadtentwicklungsamt im Bezirksamt Mitte (Fachbereich Stadtplanung)
Das Stadtentwicklungsamt der Bezirksverwaltung kümmert sich um die umfangreichen Planungsaufgaben und die praktische Umsetzung konkreter Vorhaben. In Abstimmung mit der Bezirkspolitik werden Ziele und Vorhaben festgelegt und entwickelt. Es ist damit ein wichtiges Verbindungsglied zwischen bezirkspolitischen Anliegen und der Umsetzung in konkrete Planungen. Die Verwaltung kooperiert dabei u.a. mit der übergeordneten Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen als Fördergeber, mit dem beauftragten Büro KoSP als Prozesssteuerer sowie mit unterschiedlichen anderen Fachämtern des Bezirks (z.B. dem Straßen- und Grünflächenamt).
Das Stadtentwicklungsamt ist der Hauptauftraggeber für das Geschehen im »Aktiven Zentrum Turmstraße«. Außerdem ist es auch für die besonderen Genehmigungs- und Prüfungsverfahren zuständig, die das Sanierungsrecht mit sich bringt.

Mehr Informationen unter: www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/aemter/stadtentwicklungsamt
Ansprechpartner und Kontaktdaten siehe Rückseite

KoSP: Das Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement
Das KoSP ist ein freies Büro und wurde vom Stadtentwicklungsamt Mitte im Jahr 2010 mit der Prozesssteuerung für das Sanierungsgebiet und »Aktive Zentrum Turmstraße« beauftragt.
Seit über 25 Jahren begleitet das interdisziplinäre Team aus Architekten, Stadtplanern und Grafen unterschiedliche Gebiete bei umfassenden Stadtentwicklungs- und Erneuerungsprozessen. Dabei können sie auf langjährige Erfahrungen u.a. in, Mitte-alt oder Moabit zurückgreifen. Derzeit betreut das KoSP in Mitte auch die Gebiete Nördliche Luisenstadt und Karl-Marx-Allee.
Aufgabe des KoSP ist es, den gesamten Prozess der Entwicklung des Aktiven Zentrums und die Sanierungsdurchführung zu unterstützen und zu steuern. Die »Prozesssteuerung« umfasst eine große Zahl verantwortungsvoller Aufgaben: Die Mitarbeiter entwickeln zusammen mit dem Bezirk Nutzungs- und Gestaltungskonzepte, begleiten die komplizierten Verfahrensabläufe, koordinieren und moderieren die Zusammenarbeit unterschiedlicher Ämter, Sanierungsbeteiligter und der Stadtteilvertretung, organisieren öffentliche Informations- und Bürgerveranstaltungen, kümmern sich um die Öffentlichkeitsarbeit und noch vieles mehr. Hier laufen viele Fäden inhaltlich und organisatorisch zusammen.

Mehr Informationen unter: www.turmstrasse.de und www.kosp-berlin.de
Ansprechpartner und Kontaktdaten siehe Rückseite

Das Geschäftsstraßenmanagement: »die raumplaner«
Anfang 2011 wurde das Büro »die raumplaner« mit dem Geschäftsstraßenmanagement beauftragt. Ihre Aufgabe ist es, die Gewerbetreibenden rund um die Turmstraße zu unterstützen und damit die Geschäftsstraße und ihr Umfeld zu stärken. Langfristiges Ziel ist es, gemeinsam mit lokalen Akteuren die Turmstraße als Moabiter Zentrum in seiner Lebendigkeit zu stärken, die Branchenvielfalt weiterzuentwickeln und eine tragfähige, selbstständige Organisationsstruktur der Gewerbetreibenden vor Ort aufzubauen.
Die »raumplaner« beraten Gewerbetreibende und – wenn möglich – Eigentümer (als Vermieter von Gewerbeflächen). Es analysiert die Struktur der Moabiter Gewerbelandschaft und entwickelt auf dieser Basis Handlungsempfehlungen. Ganz praktisch organisiert es die Vernetzung der Gewerbetreibenden (beispielsweise mit dem regelmäßigen und gut besuchten »TIM-Frühstück«), initiiert und unterstützt gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen, organisiert erfolgreich das Moabiter Kiezfest, gibt Publikationen wie die Broschürenreihe »Best of Moabit« im handlichen Taschenformat heraus, leistet umfängliche Marketing- und Öffentlichkeitsarbeit und betreut den Gebietsfonds, mit dem investive Projekte vor allem lokaler Gewerbetreibender finanziell gefördert werden.

www.die-raumplaner.de
Ansprechpartner und Kontaktdaten siehe Rückseite

Ökomarkt wieder eröffnet

Trotz letzter Bauarbeiten rund um die Heilandskirche konnte am 10. Mai der traditionelle Ökomarkt vor der Kirche wieder eröffnet werden – und das wurde auch gebührend gefeiert!
Der Ökomarkt, der wegen der umfänglichen Bauarbeiten eine Weile ausgesetzt werden musste, findet nun wieder jeden Mittwoch von 12 bis 18 Uhr statt. Angeboten werden – bio, regional und direkt vom Erzeuger – Obst und Gemüse, Brot und Kuchen, Fleisch und Fisch, Käse und Marmeladen. Für den Einkaufshunger zwischendurch gibt es Bratwurst und Waffeln, auch Kaffee und Tee werden angeboten. Das Angebot wird ergänzt durch antiquarische Bücher, Schmuck, und wer sich für »sauberen« Strom interessiert, findet hier ebenfalls Angebote.
Wir wünschen dem Ökomarkt einen erfolgreichen Start in die Sommersaison! *us*

Ökomarkt, mittwochs 12–18 Uhr vor der Heilandskirche, Thusnelda-Allee 1
Marktleitung: www.marktzeit.berlin, Telefon (0170) 483 20 58

Letzter Bauabschnitt Heilandskirche

In den letzten Jahren sind etliche neue Spielplätze und erneuerte Grün- und Parkflächen im Kleinen Tiergarten entstanden. Der Umbau rund um die Heilandskirche war nun der achte und letzte Bauabschnitt im Gesamtprojekt Kleiner Tiergarten / Ottopark. Hier werden u.a. die Gehwege erneuert, eine behindertengerechte Rampe zur Kirche entsteht. Die Kirche (mit der einzigen Adresse in der Thusnelda-Allee) ist oft auch Ort wichtiger Veranstaltungen im »Aktiven Zentrum Turmstraße«, demnächst beispielsweise die Wahl der neuen Stadtteilvertretung am 30. Mai um 19 Uhr.
Mit der Neugestaltung des Umfeldes der Kirche hat auch der Ökomarkt wieder einen Platz (s.o.)
Eine weitere wichtige Veränderung wird freilich noch auf die Thusnelda-Allee zukommen, wenn die Straßenbahn-Trasse durch die Turmstraße gebaut wird: dann wird es keinen PKW-Durchgangsverkehr über die Thusnelda-Allee mehr geben. Doch bis dahin können noch ein paar Jahre vergehen.
Der Kleine Tiergarten allerdings wird noch bereichert: In diesem Jahr kann nach langem Ringen um Pacht- und sonstige Verträge endlich der schon längst geplante Umbau des »Café am Park« stattfinden. Dessen Betreiber Avni Dogan baut in den nächsten Monaten hier eine barrierefreie Toilette, die künftig allen Parknutzern kostenlos zur Verfügung stehen wird. Im Gegenzug darf Herr Dogan das Café und die Terrasse zum Park hin erweitern und verschönern. Auch das dürfte vielen Parkbesuchern gefallen – und außerdem sorgt es für mehr soziale Kontrolle im Park.

us

Gehsteig-Fest in der Rostocker Straße

Eine mit Wimpeln geschmückte Straße, Riksha-Fahren, Rätsel, Sprachspiele, Mitmach-, Tausch- und Infostände und ein kleines Bühnenprogramm: das haben dieses Jahr die Nachbarinnen und Nachbarn der Rostocker Straße in Moabit für ihr Nachbarschaftsfest zusammengetragen. Das Gehsteig-Fest findet zum dritten Mal zum »Fest der Nachbarn« statt, das in ganz Europa gefeiert wird.
Auch in diesem Jahr werden die Häuser der gesamten Straße mit Wimpel-Bändern geschmückt. Von Haus zu Haus quer über die Straße gespannt entsteht ein langes Band der Nachbarschaft, wenn es gelingt, dass alle mitmachen. Um 17.30 Uhr kommen alle im Hof des Stadtschlosses Moabit zusammen und feiern die Aktion.
Auch in der Rostocker Straße wohnen alle Generationen dicht beieinander. Junge Wohngemeinschaften und Familien, alteingesessene Ur- und Neuberliner, Menschen mit verschiedensten Berufen und Hobbies. Sie alle können an diesem Nachmittag zusammenkommen und sich kennenlernen. Gelegenheiten bieten ein selbstgemachter Kuchen, ein Stand mit Sachen zum Tauschen oder das eigene Hobby. Jeder kann selbst etwas Eigenes beitragen. Außerdem: Informationen aus den Einrichtungen und natürlich Musik, Speisen und Getränke.
Gleich mehrere soziale Einrichtungen, ein Café und eine Gaststätte sind Anlaufstellen auch für Besucher aus anderen Kiezen. Die Rostocker Straße ist grün und verkehrsberuhigt, aber leider auch gesäumt von Hundekot, es wird viel kaputt gemacht, Leerstand und Spielhalle wirken zudem verunsichernd. Die vielen Ferienwohnungen erschweren lebendige Nachbarschaft. Deshalb ist es gut, sich kennenzulernen und Ideen für ein gutes Zusammenleben zusammenzutragen!
Veranstaltet wird das Fest vom Moabiter Ratschlag e.V. mit Unterstützung u.a. von Casa Nostra, Jugendhaus B8, Warmer Otto, QM Moabit West, der Kita »Sprachwelt«, dem »Netz der Nachbarn« und vielen Anwohnerinnen und Anwohnern.
Gefördert wird das Fest aus den Mitteln des Aktionsfonds des Quartiersmanagements Moabit-West.

Freitag, 19. Mai, 15–19 Uhr, Rostocker Straße, 10553 Berlin-Moabit
www.moabitwest.de/Aktionsfonds-Quartiersfonds-I.173.0.html

Prost und Mahlzeit

Im »Kowski« lebt die Suppen-, Stullen-, Café- und Trinkkultur

Es ist (so blöd-banal das auch klingen mag) einfach gemütlich hier: »Prost und Mahlzeit« ist das Motto. Das »Kowski«, ein junges Lokal in der Wilhelmshavener Straße 4, ist einer jener Läden, die man spontan zum Lieblingslokal küren möchte.

Gemütlich heißt, dass man den schlichten, unprätentiösen Räumen mit blanker Steinwand und einfachen Holztischen nicht ansehen soll und kann, wie viel Mühe und Arbeit hier investiert wurde – wohl aber sieht man sofort die Liebe, die darin steckt. So wurden die alten Rollläden vor den Fenstern in einer prima Tresen- und Decken-Dekoration recycelt.
Gemütlich heißt, dass die Getränke-Lieferanten bei Anfahrt fröhlich aus dem LKW-Fenster winken und nach abgeschlossener Lieferung gern auch selbst gleich noch auf ein Käffchen bleiben.
Gemütlich heißt, dass die Kuchentheke mit selbstgebackenen frischen Kuchen lockt.
Gemütlich heißt, dass man hier morgens gern auf lange Frühstücke einfallen möchte – für die Soliden gibt's Müsli, Eier, Schinken, Marmeladen, frische Brötchen und Croissants, ein gutes Käsefrühstück oder auch eine vegane Variante, für Mimosen auch die luxuriöse Kombination aus O-Saft und Champagner, für die Hartgesottenen den »Strammen Kowski«, eine polnische Version des Strammen Max: Schinken und Spiegelei auf Brot, dazu saure Gurken und Wodka. Und dazu frische Zeitungen.
Gemütlich heißt, dass man auch lange Abende hier verbringen könnte, immerhin hat das »Kowski« von 10 Uhr morgens bis zwei Uhr nachts geöffnet. Und während es mittags zusätzlich leckere selbstgekochte Süppchen, Quiche oder Pasta gibt, wartet die Küche von 12 Uhr bis nachts mit kleineren Snacks auf: Es lebe die Stullenkultur! Da gibt es die »Kowski-Stulle« mit Cheddar, selbstgemachtem Apfelchutney und Krautsalat, der natürlich auch hausgemacht wird. Oder Stullen mit selbstgemachtem, veganem Apfel-Zwiebel-Schmalz. Außerdem Ofen-Stullen mit Käse und Schinken. Dazu Oliven, Sprotten oder ordentlich saure Gurken. Großartig. Dazu passt dann ein Tee, ein frisch gezapftes Bier oder auch ein polnischer Wodka.

Denn es kommt nicht von ungefähr, dass die Karte einen etwas osteuropäischen Touch hat – woran auch der schöne Name »Kowski« erinnert. Eigentlich wurde er von der klassischen Berliner Formel »Tschüssikowski« abgeleitet. Die Gründer des Lokals fanden, dass »Kowski« als Name für ein Lokal passend sei – und außerdem eben auch, wie die Karte, ein bisschen an Osteuropa erinnert.

Franzi, die Ladeninhaberin, freut sich, wenn man diese Grundidee sofort versteht. »Wir mögen die osteuropäische Kultur«, sagt sie, »und wollten ein Stückchen davon auch hier beleben.« Franziska Zimmermann, die das Lokal zusammen mit ihrem Kompagnon Björn Bessin gegründet hat, war von ihrem Heimatort bei München nach Frankfurt / Oder gezogen, um an der »Viadrina«-Europa-Universität Kulturwissenschaften zu studieren. Und das polnische Slubice liegt ja gleich am anderen Ufer der Oder. Das Studium hat Franziska dann auch abgeschlossen, und der ursprüngliche Plan war, eventuell in Gedenkstätten oder zeithistorischen Museen zu arbeiten – aber der Traum von einem eigenen Laden war schließlich stärker.

Gleichzeitig entdeckte sie nämlich, dass sie auch eine »Kümmerin« ist: »Ich freue mich einfach immer, wenn die Gäste zufrieden und glücklich sind, das macht mir Freude. Und natürlich sind die Gespräche mit den Gästen wichtig und schön.«
Franziska Zimmermann sammelte viele praktische Erfahrungen bei diversen Jobs in der Gastronomie, lernte dann ihren jetzigen Geschäftspartner kennen, der bereits eine Bar in Moabit geführt hatte, und begab sich mit ihm auf die Suche nach möglichen Geschäftsräumen in Wedding (wo Franziska lebt) oder Moabit (wo Björn lebt). In der Wilhelmshavener Straße 4 wurden sie schließlich fündig: Der Laden war früher mal eine Fahrschule gewesen, danach gab es dort kurzzeitig ein türkisches Lokal, dann stand er vier Jahre lang leer. Der Eigentümer war froh über die Neumieter und unterstützte die Umbaumaßnahmen. Im letzten Herbst konnte das »Kowski« eröffnen.
Die neuen Lokalbetreiber waren insbesondere von der großen Freundlichkeit und Offenheit der Moabiter Nachbarschaft überwältigt: »Als wir hier renovierten«, sagt Franziska, »schauten ständig Leute in den Laden und interessierten sich dafür, was das hier wird, und freuten sich. Man fühlte, dass sie das wirklich als Bereicherung wahrnehmen. Das war eine tolle Erfahrung! Und ohne, dass wir Werbung machen mussten, war der Laden wirklich seit der Eröffnung an jedem Abend voll. Das war schon krass.«

Franziska legt großen Wert darauf, dass in ihrem Lokal so gut wie alles, was selbst gemacht werden kann, auch hausgemacht ist: die Mittagssüppchen aus regionalen Zutaten und die Rote-Bete-Pasta, die heute gerade angeboten wird, das Chutney, die Marmeladen, der Krautsalat, das Schmalz, das Gebäck. Das Kochen und Zubereiten macht ihr einfach Spaß. All das – ebenso wie die gastliche, einladende Kultur – erinnert sehr an Polen, wo Franziska gern und viel unterwegs ist.

Mit dem »Kowski« entdeckt man plötzlich auch die Wilhelmshavener Straße ganz neu, besonders jetzt im Frühsommer. Wenn die Sonne scheint (und sie scheint nachmittags direkt aufs Trottoir vorm »Kowski«!) kann man sich auf das kleine Holzbänkchen vor dem Laden setzen, die Füße von sich strecken, das bunte Treiben auf der Straße beobachten, feststellen, dass die Wilhelmshavener ganz schön grün ist, und das Gesicht in die Sonne halten. Besser geht's nicht. *us*

»Kowski«, Wilhelmshavener Straße 4, Di–So ab 10 Uhr bis spät (montags geschlossen), www.kowski-berlin.de

Adressen

Aktuelle Informationen zum Gebiet finden Sie auch auf www.turmstrasse.de und zur Entwicklung von Moabit auf www.moabitonline.de

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit: Ephraim Gothe
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 9018-446 00
baustadtrat@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleiterin: Frau Laduch,
Zimmer 106, (030) 9018-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: dienstags, 9 –12 Uhr,
donnerstags, 15 –18 Uhr
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiter: Stephan Lange
(030) 9018-436 32
Aktives Zentrum und Sanierungsgebiet Turmstraße
Zimmer 180/181
Annett Kufeld (030) 9018-454 36
annett.kufeld@ba-mitte.berlin.de
Evelyn Möbus (030) 9018-458 59
evelyn.moebus@ba-mitte.berlin.de
Dirk Kaden (030) 9018-458 22
dirk.kaden@ba-mitte.berlin.de

Prozesssteuerung
Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
Gisbert Preuß (030) 33 00 28 32
preuss@kosp-berlin.de
Andreas Wilke (030) 33 00 28 36
wilke@kosp-berlin.de
Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a,
10555 Berlin, (030) 23 94 53 39
Sprechstunden: Di 9.30–12 Uhr,
Do 15.30–18 Uhr
www.kosp-berlin.de
www.turmstrasse.de

Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße
die raumplaner
Georg Thieme, Johanna Oestereich,
Sabine Slapa
Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a,
10555 Berlin, (030) 23 93 85 08
Di 16–19 Uhr, Fr 8–10 Uhr
gsm@turmstrasse.de
www.turmstrasse.de

Mieterberatung
für Mieter in den Milieuschutzgebieten Waldstraße und Birkenstraße
Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a,
10555 Berlin, (030) 44 33 81 29
Sprechzeiten: Mo 16–18, Do 10–12 Uhr

Stadtteilvertretung
Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a,
10555 Berlin, (030) 23938828
Öffentliches Plenum an jedem
4. Montag im Monat
stv@stv-turmstrasse.de
www.stv-turmstrasse.de

Quartiersmanagement Moabit-West
Rostocker Straße 3, 10553 Berlin
(030) 39 90 71 95
qm-moabit@stern-berlin.de
www.moabit-west.de

Quartiersmanagement Moabit-Ost
Wilsnacker Straße 34, 10559 Berlin
(030) 93 49 22 25
team@moabit-ost.de
www.moabit-ost.de

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
aktive zentren Berlin
BEZIRKSAMT MITTE VON BERLIN
berlinbaut lebendige Quartiere
be Berlin Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen